Angehörigen Info 86

G 10228 D
14. 2. 1992

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Aus dem Inhalt:

Adressenliste der politischen Gefangenen in der BRD

In der letzten Zeit wurden wir häufig danach gefragt, wieviele politische Gefangene es hier in der BRD gibt und in welchen Knästen sie sich befinden. Da man auf Anfrage bei der Bundesanwaltschaft nur erfährt, daß es sich dabei um eine „Verschlußsache" handelt, veröffentlichen wir hier eine Namens- und Adressenliste. Sie ist nicht vollständig, es fehlen die irischen, palästinensischen und kurdischen politischen Gefangenen.

- Hanna Krabbe, Irmgard Möller, Christine Kuby, Gabi Rollnik (Gefangene aus der RAF)
  Marliring 41, 2400 Lübeck
- Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Lutz Taufer (Gefangene aus der RAF)
  Trift 14, 3100 Celle
- Rolf-Clemens Wagner, Helmut Pohl (Gefangene aus der RAF), Ali Jansen (Gefangener aus dem Widerstand)
  Paradeplatz 5, 3578 Schwalmstadt
- Bärbel Perau, Luitgard Hornstein (Gefangene aus dem Widerstand)
  Krawehlstr., 4300 Essen
- Norbert Hofmeier, Thomas Thoene (Gefangene aus dem Widerstand), Stefan Wisniewski (Gefangener aus der RAF)
  Krümmede 3, 4630 Bochum
- Christian Kluth (Gefangener aus dem Widerstand), Klaus Viehmann (Gefangener aus der Bewegung 2. Juni)
  Langenwiedenweg 46, 4760 Werl
- Rico Prauss (Gefangener aus dem Widerstand), Adelheid Schulz, Christa Eckes, Sieglinde Hofmann, Ingrid Jakobsmeier (Gefangene aus der RAF)
  Umlostr. 100, 4800 Bielefeld 1
- Andrea Sievering (Gefangene aus dem Widerstand)
  Rochusstr. 350, 5000 Köln 30
- Eva Haule (Gefangene aus der RAF), Isabel Jacob (Gefangene aus dem Widerstand)
  Obere Kreuzäckerstr. 4, 6000 Frankfurt / Main 1
- Sigrid Happe, Gabi Hanka, Sven Schmid, Stephan Feifel (Gefangene aus dem Widerstand)
  über OLG, 4. Strafsenat, Zeil 42, 6000 Frankfurt / Main 1
- Michael Dietiker, Bernhard Rosenkötter (Gefangene aus dem Widerstand)
  Kleebergerstr. 23, 6308 Butzbach
- Rolf Heißler (Gefangener aus der RAF)
  Ludwigshafener Str. 20, 6710 Frankenthal
- Günter Sonnenberg, Christian Klar (Gefangene aus der RAF), Carlos Grosser (Gefangener aus dem Widerstand)
  Schönbornstr. 32, 7520 Bruchsal
- Bernd Rössner (Gefangener aus der RAF)
  Obere Passauer Str. 90, 8440 Straubing
- Claudia Wannersdorfer (Gefangene aus dem Widerstand), Brigitte Mohnhaupt, Manuela Happe (Gefangene aus der RAF)
  Münchener Str. 33, 8890 Aichach
- Jens Stuhlmann (Gefangener aus dem Widerstand)
  Am Hasenberge 26, 2000 Hamburg 63



Plakataktion in Frankfurt/Main Anfang Januar diesen Jahres (gilt auch für das Foto im letzten Info): „Die politischen Gefangenen müssen raus! Günter, Bernd, Claudia, Ali, Isa zuerst!"

Sofortige Aufhebung der Arreststrafe!

Wie Carlos Grosser in seinem Brief vom 25.1. vermutete (siehe letztes Info, Seite 3), befindet sich auch Christian Klar im Arrest. Das heißt, er ist in einer leeren Zelle, ohne Radio, ohne Bücher, ohne Zeitungen usw. Nicht einmal private Post wird in der Regel durchgelassen, nur Verteidigerpost. Wir haben umgehend ein Fax an den Anstaltsleiter der JVA Bruchsal geschickt, in dem wir ihn auffordern, diese Maßnahme sofort aufzuheben. Nachstehend also die entsprechenden Telefon- und Telefax-Nummern der JVA Bruchsal in der Hoffnung, daß sich möglichst viele dort melden. *Zentrale: (07251) 788-1; Fax: (07251) 788349; Vize-Anstaltsleiter: (07251) 788-212; Anstaltsleiter Preusker: (07251) 788211.*

§ 129a-Verfahren gegen GNN-Verlag und Angehörigen-Info eingestellt

Vor drei Jahren entstand, im Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand, das *Angehörigen-Info*, das im GNN-Verlag erscheint. Seitdem hat die Bundesanwaltschaft Info und Verlag mit zehn Verfahren, vier nach § 90a (Staatsverleumdung) und sechs nach § 129a (Werbung für eine terroristische Vereinigung), überzogen. Dabei ist jetzt folgender Stand erreicht:

1. Im Verfahren gegen das Info Nr. 30 hat das OLG Köln die Revision verworfen. Damit wurde das Urteil des Landgerichts rechtskräftig, das zwei Redakteurinnen zu je 60 Tagessätzen verurteilt hatte (nach Freispruch in erster Instanz). Nach unserer Auffassung verletzt das Urteil das international verbürgte Menschenrecht der Meinungs- und Pressefreiheit. Es bedeutet Zensur. Es unterdrückt die kritische Befassung mit einem inzwischen historischen Ereignis, mit dem Tod von politischen Gefangenen im Stammheimer Hochsicherheitstrakt 1977; es unterdrückt die Anklage, die den Tod der Gefangenen als Mord charakterisiert und damit auf die politische Verantwortung und moralische Schuld von Behörden und Amtsträgern weist.

Verlag und *Angehörigen-Info*, das ja auch die Erinnerung an die in Isolation und unter staatlicher Verantwortung zu Tode gekommenen politischen Gefangenen wachhalten will, sind von der Zensur stark betroffen. Wir halten eine Erörterung über die politischen und juristischen Möglichkeiten, sich gegen diese Zensur zu wehren, für nötig.

2. Die fünf § 129a-Verfahren, die die BAW in den letzten Monaten gegen uns eingeleitet hat, sind von der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf jetzt alle eingestellt worden. Die Gefahr, daß die BAW ihren Zweck erreicht und das Info mit immer neuen Verfahren mundtot macht, war real. Mit den letzten drei Verfahren versuchte sie direkt, die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand und die Bestrebungen zur Kommunikation mit den Gefangenen — und damit die Tendenz des Infos — zu kriminalisieren und so die Gefangenen von politischer Unterstützung zu isolieren. Gleichzeitig versuchte die BAW, indem sie die Ermittlungsverfahren gegen „die unbekannten Verfasser, Herausgeber, Hersteller und Verbreiter der Druckschriften" eröffnete, Verlag, Herausgeber, Redaktion und Autoren unter Druck zu setzen und auszuforschen — obwohl sie wußte, daß das Impressum der „Infos" den rechtlichen Vorschriften und den Tatsachen entspricht. Dies scheiterte, weil nicht alle Behörden diesem Kurs folgen wollten. Wir sind der Auffassung und haben auch so gegenüber der Generalstaatsanwaltschaft Stellung genommen, daß die BAW rechtswidrig handelt und ihre Befugnisse zu politischer Verfolgung mißbraucht.

Mit der Einstellung sind alle Verfahren bis auf eines (Berufung gegen Verurteilung nach § 90a in erster Instanz) abgeschlossen: eines durch Verurteilung, eines durch Freispruch, sieben durch Einstellung. Wir hoffen, daß sich die BAW künftig zügelt. Aber wir haben in der dreijährigen Auseinandersetzung Zweifel an der Rechtstreue der BAW und den Eindruck gewonnen, daß maßgebliche Kräfte in dieser Behörde unberechenbar handeln. Deshalb und weil wir nicht aufgeben wollen, uns gegen die Zensur zu wehren, halten wir die Auseinandersetzung für nicht beendet.

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte

Resolution des bundesweiten Treffens vom 17.1.92 linksradikaler Gruppen gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München

Wir sagen:
Freiheit für alle revolutionären Gefangenen weltweit!
Zusammenlegung in große Gruppen, Freilassung der Haftunfähigen, freie Kommunikation
— sofort als Minimalbedingungen!

Angesichts der neuen herrschenden Weltordnung und der weltweiten Kämpfe um die Freiheit der Gefangenen aus den Widerstands- und Befreiungsbewegungen sind diese Forderungen Bestandteil der Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel.

Gegen die Spaltungsversuche des Apparats setzen wir auf die Einheit im Kampf um diese Forderungen — als Teil unserer Perspektive von Befreiung.

In der Mobilisierung brauchen wir die Auseinandersetzung um unsere Perspektive und Geschichte — und deshalb die Diskussion mit Euch.

Wir schicken Euch die herzlichsten Grüße ...
Bald hört Ihr von uns ...
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Nürnberg, den 19.1.92

Resolution der European Group for the Study of Deviance and Social Control

Diese Resolution haben wir erst vor kurzem erhalten.
Die European Group for the Study of Deviance and Social Control hat ihre 19. Jahrestagung vom 4.—8. September 1991 in Potsdam durchgeführt.

85 SozialwissenschaftlerInnen und PraktikerInnen aus zwölf Ländern Europas und aus Kanada haben sich unter dem Konferenzthema „Soziale Gerechtigkeit und europäische Transformationen: Prozesse der Marginalisierung und der Integration. Veränderungen in der Sozialpolitik" auch mit der Lage der politischen Gefangenen in deutschen Gefängnissen befaßt.

Aufgrund des uns vorliegenden Informationsmaterials und im Sinne der Einhaltung grundlegender Menschenrechte in allen Ländern Europas fordern wir:

1. die Beendigung der Desinformation der Öffentlichkeit über angebliche „Info-Systeme" der Gefangenen und über eine angebliche „Zellensteuerung". Weitergehend fordern wir, daß endlich das Grundrecht auf Kommunikation auch für Gefangene in Kraft gesetzt wird und alle Formen von Isolation aufgehoben werden.

2. die Beendigung der Kriminalisierungskampagne gegen RechtsanwältInnen der Gefangenen. Vielmehr sollten die von der EKD schon 1989 vorgeschlagenen politischen Gespräche nun endlich realisiert werden und damit das Recht auf politische Identität auch der Gefangenen anerkannt werden. Jeder Versuch, eine Verbesserung der Haftbedingungen an die Aufgabe politischer Positionen zu knüpfen, muß sofort beendet werden.

3. die Auflösung der „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung". Hier wird die vom Grundgesetz geforderte Trennung polizeilicher und geheimdienstlicher Aufgaben

aufgehoben — zugunsten einer umfassenden Verbots- und Verfolgungstätigkeit, die auch andere politische Gruppierungen trifft.

4. die Achtung der Persönlichkeitsrechte der Gefangenen. Die zwangsweise Erhebung „genetischer Fingerabdrücke" stellt eine neue Eskalationsstufe seitens des Staates dar. Organe der Justiz sollten Artikel 2 GG mit besonderer Sorgfalt achten.

Abschließend möchten die TeilnehmerInnen der Konferenz darauf hinweisen, daß das Problem des sog. Terrorismus nur gelöst werden kann, wenn auch die staatlichen Stellen akzeptieren, daß politische Probleme nur politisch — nicht durch die Justiz — geregelt werden können.

Coordinator: Karen Leander, Dept. of Criminology, Stockholm University, 106 91 Stockholm

National representative: Prof. Dr. Dr. Gipser, Universität Hannover, Bismarckstr. 2, 3000 Hannover

Zusammenfassung der ersten drei Tage des Prozesses gegen Knud Andresen und Ralf Gauger

Als erstes müssen wir etwas korrigieren: In der letzten Ausgabe ist uns ein Fehler unterlaufen. Sorry! Der Anklagepunkt des Mordversuchs ist nicht fallengelassen worden, d. h. „versuchter Mord" und versuchter gefährlicher Eingriff in den „Schienenverkehr" lautet die Anklage weiter.

Das Gericht unter dem Vorsitz von Richter Selbmann begründet die fast sechsmonatige U-Haft, daß der Tatverdacht des Mordversuches „dringend" sei.

Am 27. 1. 92 hob das Gericht die Haftbefehle auf, weil es aus seiner Sicht zur Zeit nur möglich sei, einen „hinreichenden Tatverdacht" zu begründen — was aber nicht ausreicht, um die beiden weiter im Knast zu behalten.

„In der Presse wie im ‚Hamburger Abendblatt' vom 28. 1.: ‚Die Anklage wegen Mordversuch ist vom Tisch'.

Auch wenn dieser Falschinformation eine gewisse Logik zugrunde liegt. Denn wenn eine akute Gefährdung von Unbeteiligten (Entgleisungsgefahr) vom Gericht *nicht mehr* angenommen wird und ein *dringender* Tatverdacht auf ‚versuchten Mord' *nicht mehr* gesehen wird, *wäre* die logische Konsequenz, den Vorwurf des versuchten Mordes fallenzulassen. *Doch dem ist nicht so.* Die Anklage besteht ja weiter. Das heißt konkret, daß die Möglichkeit einer hohen Verurteilung nun bevorsteht.

Daß wir die Freilassung von Knud und Ralf nach einem halben Jahr U-Haft erreicht haben, ist ein wichtiger erster Schritt, den politischen Angriff des Hamburger Staatsschutzes und seiner willfährigen Justiz in Person von Staatsanwältin Roitsch von Almelo zurückzuschlagen.

Jetzt kommt es im zweiten Schritt zentral darauf an, das Lügenkonstrukt der LKA-Beamten zu entlarven. Dazu sollten wir auf verschiedenen Ebenen vorgehen:

— Mobilisierung der Öffentlichkeit, dazu ist es wichtig, daß weiterhin viele Menschen zu den Prozeßtagen nach Itzehoe kommen, damit wir z. B. auch in der Innenstadt auf den Prozeß aufmerksam machen können.

— Die politischen Hintergründe des Verfahrens aufzeigen. Zum Beispiel die Rolle des Staatsschutzes als ‚gesellschaftliches Diagnoseinstrument' (BKA-Chef Herold) und seine Verselbständigung.

— Aktionen machen, die mobilisieren und Inhalte rüberbringen. Dazu müssen sich mehr Menschen und Gruppen mit Ideen zur Prozeßbegleitung einbringen. Ab jetzt gibt es dazu regelmäßig

jeden Donnerstag um 19 Uhr in der Roten Flora ein Vorbereitungstreffen

zum nächsten Prozeßtag."

aus: „Fight Back", Prozeßinfo Nr. 2 zu Ralf und Knud

Ein weiterer Aspekt des Prozesses ist die Einschüchterung der Öffentlichkeit. Wir zitieren aus dem Offenen Brief der Prozeßbeobachtungsgruppe an Richter Selbmann:

„Wir sind der Meinung, daß die massive Polizeipräsenz und das Fotografieren und Filmen der UnterstützerInnen vor und im Gericht in der Öffentlichkeit zu dem Bild führen muß, daß es sich hier um gemeingefährliche Verbrecher und deren UnterstützerInnen handelt.

Die eingeschränkten Räumlichkeiten müssen wir zwar akzeptieren, nicht aber deren völlig unzureichende Nutzung, die dazu führt, daß mindestens 80 % der interessierten Öffentlichkeit ausgeschlossen wird.

Daher fordern wir:
— Abzug der massiven Polizeipräsenz
— keine Abschreckung der interessierten Öffentlichkeit durch Filmen, Fotografieren und Registrierung, z. B. auch von Kfz-Kennzeichen
— optimale Ausnutzung der vorhandenen Räumlichkeiten, d. h. mindestens 42 Plätze im Verhandlungssaal uneingeschränkt für die Öffentlichkeit und Sonderplätze für PressevertreterInnen und Verwandte der Angeklagten
— eine freie Entscheidung darüber, wer das Gericht wann betritt."

Ergänzen möchten wir das noch: Der Prozeßbesucher, der am 1. Prozeßtag festgenommen wurde, hatte jetzt eine polizeiliche Vorladung beim LKA Hamburg wegen „Körperverletzung zum Nachteil eines Polizeibeamten".

Am 10. 2. haben Ralf und Knud ihre Prozeßerklärung gehalten, die in „spreng-sätze" Nr. 2 vom 12. 2. abgedruckt sein wird.

d. Red.

Guatemala: MenschenrechtlerInnen mit dem Tode bedroht

Wir haben von den massiven Morddrohungen erfahren, die gegen sechs führende Mitglieder des Dachverbandes der Volksbewegung UASP (Unidad de Accion Sindical y Popular) ausgesprochen wurden. Es handelt sich um

— Nineth Montenegro de Garcia, von der GAM (Angehörige der Verschwundenen)
— Rosalina Tuyuc, von der CONAVIGUA (Witwenvereinigung Guatemalas)
— Byron Morales, von der UNSITRAGUA (Arbeitnehmerdachverband)
— Amilcar Mendez, von der CERJ (indianische Menschenrechtsorganisation)
— Armando Sanchez, von der PENASTEG (Gewerkschaftsdachverband öffentlicher Dienst)
— und Juan Mendoza, von der CUC (Bauernvereingung).

Die schriftlichen Todesdrohungen wurden Armando Sanchez durch das Fenster seines Autos gereicht, als er gerade an einer Ampel hielt. Unterzeichnet war es mit „Unidad Anticomunista".

Amilcar Mendez gab bekannt, daß er und seine Familie wiederholt mit dem Tod bedroht worden seien. In einem Ge-

Angehörigen-Kinder malen für politische Gefangene

Diese bunte Postkartenserie mit Bildern von Kindern der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD besteht aus 16 Karten und kostet 20 DM inkl. Porto. Bestellungen gegen Vorauskasse (bar oder Scheck) an: Angehörige der politischen Gefangenen, Postlagerkarte 05 02 05, 6230 Frankfurt / Main 80.

spräch mit dem gualtemaltekischen Präsidenten Serrano forderte er Schutz vor politischer Verfolgung, worauf dieser entgegnete, er kollaboriere mit der Guerilla.

Wir haben den folgenden Text an den gualtemaltekischen Präsidenten gefaxt und wollen alle auffordern, dasselbe zu tun:
Expresamos maxima preocupacion por amenazas de muerte a dirigentes sindicales e indigenas de la UASP Nineth Montenegro de Garcia, Rosalina Tuyuc, Byron Morales, Amilcar Menez, Armando Sanchez y Juan Mendoza. Pedimos respeto y protecion de la integridad fisica y el cese de la escalada violencia.
Atentamente
(Wir sind sehr beunruhigt wegen der Todesdrohungen gegenüber den gewerkschaftlichen und indianischen Führern der UASP Nineth Montenegro de Garcia, Rosalina Tuyuc, Byron Morales, Amilcar Mendez, Armando Sanchez und Juan Mendoza. Wir fordern die Achtung und den Schutz der physischen Integrität und das Ende der gewaltsamen Eskalation.)

An folgende Adressen:
1. S. E. Jorge Serrano Elías, Presidente de la República de Guatemala, Palacio Nacional, Guatemala, GUATEMALA (Präsident — korrekte Anrede: Excelentísimo Señor Presidente)
Telefax: (005 02) 2-53 74 72 oder (005 02) 2-51 97 02 (auch für Telebriefe)
Telexe: 03 72 53 31 capres gu; 03 72 53 25 relpub gu
Telegramme: =tlx 5331= presidente serrano, guatemala, guatemala
Telefon: (005 02) 2-2 12 12 oder (005 02) 2-2 22 66

2. Gral. José Garcia Samayoa, Ministro de Defensa, Ministerio de Defensa, Palacio Nacional, Guatemala, GUATEMALA (Verteidigungsminister — korrekte Anrede: Señor Ministro)
Telefax: (005 02) 2-53 74 72 (auch für Telebriefe)
Telexe: 03 72 53 61 comgua gu; 03 72 54 61 comgua gu

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD

Keep Dhoruba Free!

Wir, die UnterzeichnerInnen, fordern hiermit die Beendigung des fortwährenden rassistischen und politischen Komplotts gegen Dhoruba Bin Wahad, das durch die New Yorker Polizeibehörde und das FBI wegen seiner führenden Rolle in der Black Panther Partei angezettelt wurde.

Am 20. März 1990 wurde Dhoruba aufgrund einer von ihm selbst aufgebrachten Kaution aus dem Gefängnis entlassen, nachdem er fast 20 Jahre eingesperrt war für eine Tat, die er nicht begangen hat. Zum Zeitpunkt seiner Freilassung war er einer der am längsten eingekerkerten politischen Gefangenen der USA.

Dokumente der New Yorker Polizeibehörde und des FBI beweisen, daß die Staatsanwaltschaft von Manhattan absichtlich 19 widersprüchliche bzw. entlastende Aussagen ihres Hauptzeugen während der drei Gerichtsverhandlungen und Anhörungen zurückhielt. Wenn das Gericht die Strafverfolgungsbehörde veranlaßt hätte, diese Beweise eher vorzulegen, wäre es zu einer erneuten Gerichtsverhandlung gekommen. Stattdessen besteht nun die Gefahr eines erneuten Gefängnisaufenthalts.

Am 19. Dezember 1991 belohnte das höchste Gericht im Staate New York die Strafverfolgungsbehörde für ihre Weigerung, die entscheidenden Beweismittel vorzulegen, und versagte Dhoruba ein Wiederaufnahmeverfahren. Nachdem er zum Opfer der Strafverfolgung geworden war, was ihn fast 20 Jahre seines Lebens gekostet hat, besteht die Gefahr, daß er ohne ein neues Gerichtsverfahren zurück ins Gefängnis muß.

Wir fordern, daß Dhoruba in Freiheit bleibt und eine faire Gerichtsverhandlung erhält.

Unterschriftenlisten bitte sofort zurücksenden an: Campaign to Free Black Political Prisoners and P. O. W.s in the U. S., P. O. Box 339, Kingsbridge Station, Bronx, New York 10463-0339, U. S. A.

Keep Dhoruba free! — Unterschriftenaktion der Kampagne „Campaign to Free Black Political Prisoners in the United States":l
Die Liste für die im Angehörigen-Info 84 angekündigte Unterschriftenaktion kann bezogen werden über: USA-AG, Infoladen, Werderstr. 8, 6200 Wiesbaden, Tel.: (06 11) 44 06 64 (Do, 17-19 Uhr). Sie ist zweisprachig (deutsch—englisch). Den Infoläden bzw. Infobüros werden sie zugeschickt.

Mumia Abu-Jamal:
Das Wiederaufnahmeverfahren kann beginnen

Die Kampagne zu Mumia Abu-Jamal konzentriert sich im Moment vor allem darauf, das notwendige Geld für einen neuen Rechtsanwalt und für ein Wiederaufnahmeverfahren zu sammeln. Der Anwalt, der sich dafür bereit erklärt hat, ist Len Weinglass. Len Weinglass hat u. a. Angela Davis verteidigt und mehrere Todesstrafenprozesse gewonnen. Weinglass geht davon aus, daß alle Schritte im Wiederaufnahmeverfahren zwei bis drei Jahre dauern werden. Für dieses Verfahren werden ungefähr 150 000 US-$ benötigt, wobei die ersten 50 000 US-$ bis Ende Januar 1992 zusammengekommen sein müssen, damit das Büro überhaupt die Arbeit aufnehmen kann.

Die Kampagne in der BRD konnte vor kurzem 23 000 US-$ an das *Equal Justice USA Comittee* überweisen, die Familie von Mumia Abu-Jamal und verschiedene FreundInnen und Gruppen konnten über 17 000 US-$ aufbringen. Wenn alles gut geht, kann die Arbeit des Anwaltsbüros tatsächlich in wenigen Tagen beginnen.

In Philadelphia hat sich auf Initiative von MOVE das UnterstützerInnenkomitee *„Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal"* gegründet. Mitglieder in dem Komitee sind u. a. Community-AktivistInnen, KirchenvertreterInnen, AnwältInnen, JournalistInnen und FreundInnen von Mumia aus Philadelphia. Dieses Komitee hat ein eintägiges Symposium zum Fall Mumias veranstaltet, außerdem sendet eine Rundfunkstation wöchentlich eine Stunde über die Kampagne, die *„Free Mumia Abu-Jamal Hour"*. Verschiedene Delegationen versuchen, den Gouverneur von Pennsylvania unter Druck zu setzen.

Während also eine Menge Aktivitäten laufen, mehren sich die Anzeichen, daß der Gouverneur von Pennsylvania wieder Todesurteile vollstrecken will. Die *Maschinerie des Todes* soll nach dreißig Jahren wieder in Gang gesetzt werden ...

Zu allem Überfluß wurde der oberste Staatsanwalt von Philadelphia, Rendell, im Dezember '91 Bürgermeister der Stadt. Er war es, der alle Verfahren gegen MOVE einleitete und die „Ermittlungen" gegen Mumia Abu-Jamal führte.

In vielen Städten in der BRD hat es mittlerweile Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen gegeben. So konnte die Summe von 23 000 $ aufgebracht werden und der Fall Abu-Jamals auch hier in der BRD öffentlich gemacht werden.

Weiter ist jede Unterstützung dringend und wertvoll. Briefe an Mumia, Proteste an den Gouverneur, Spenden für das Verfahren — alles kann helfen, Mumia Abu-Jamal der Todes-
Fortsetzung auf Seite 9

Interview mit politischen gefangenen Frauen aus Chile

Am Dienstag, den 10. Dezember 1991, demonstrierten in der Innenstadt von Santiago de Chile insgesamt ca. 150—200 Menschen. Die Demonstration am Tag der Menschenrechte erfolgte unter dem Motto: „Gegen den chilenischen Staat und für die Freiheit der politischen Gefangenen".

Die Demonstration wurde nicht angemeldet, weil die OrganisatorInnen den Staat, den sie anklagen, nicht um seine Erlaubnis dafür bitten wollten.

Geplant war um 13 Uhr ein Marsch von zwei Orten aus auf die Moneda (den Regierungspalast). Als sich ein Demozug zu formieren begann, erschienen auch schon die B., zerrissen die Papiertransparente und gingen mit Knüppeln gegen die vor, die Parolen riefen und klatschten.

Ohne Grund und offenbar zum Zweck, die Demo gleich zu Beginn aufzulösen, setzten die B. einen Wasserwerfer ein, der die Hauptstraße rauf- und runterfuhr und vor allem die StraßenhändlerInnen an diesem Ort, aber auch PassantInnen und DemonstrationsteilnehmerInnen naßspritzte. Die DemoteilnehmerInnen attakierten den „Guanaco" mit Steinen und Mollis (Molotowcocktails). Der vermeintliche Werfer eines Mollis, der den „Guanaco" in Brand setzte, wurde brutal zusammengeschlagen und mußte genäht werden.

Der gemeinsame Marsch auf die Moneda scheiterte, da es nur eine geringe Anzahl von DemonstrantInnen war, die es vorzog, in kleinen Gruppen zum nächsten Ort, dem Justizgebäude, zu gehen. Eine geschlossene Demo war nicht möglich, da diese sofort aufgelöst worden wäre. Vor dem CODEPU-Büro (UnterstützerInnenverein der politischen Gefangenen) in der Nähe des Justizgebäudes sammelte sich dann nochmal eine Menge von ca. 40 Menschen. Sie riefen Parolen wie „Todas las Presas Politicas — presente", das heißt: „Alle politischen Gefangenen sind hier unter uns", und „Haber, haber, los derechos humanos, liberar a los presos, castiguar al tirano", das heißt: „Mal sehen, mal sehen, die Menschenrechte werden die politischen Gefangenen befreien, die Tyrannen bestrafen". Die B. forderten uns AusländerInnen auf, weiterzugehen, sie wollten offenbar keine ZeugInnen für das, was folgte. Sie „begleiteten" uns zur nächsten Kreuzung, und als wir nicht gleich weitergingen, drängten sie uns auf die Straße in den fahrenden Verkehr. Nach einer kleinen Rangelei konnten wir dann die Straße überqueren. In der Zwischenzeit wollten sich einige DemonstrantInnen im CODEPU-Büro verstecken, aber der Pförtner verweigerte ihnen den Zutritt. So wurden insgesamt zehn Personen festgenommen und übel zusammengeknüppelt. Die B. gingen dabei ganz gezielt gegen Personen vor. Sie waren auch in der gesamten Innenstadt präsent, mit Schutzhelmen, kugelsicheren Westen, Tränengasgranaten und Schlagstöcken. Ein „mobiler Einsatztrupp" fuhr permanent um die Blocks, um jederzeit auf DemonstrantInnen einzuknüppeln oder sie festnehmen zu können. Die ganze Aktivität ging über drei Stunden und beanspruchte die Sicherheitskräfte in der Stadt in großer Anzahl. Aufgrund der wenigen Menschen konnte jedoch kaum eine geschlossene Aktion durchgeführt werden, die meisten Aktionen waren individuell und spontan. Der Redebeitrag, der auf der Plaza de Arma durchgeführt werden sollte, konnte ebenfalls nicht durchgesetzt werden.

Hintergrund der Demonstration ist die Situation der politischen Gefangenen. Von den Gefangenen der Diktatur befinden sich noch 60 Männer und 8 Frauen im Knast. Diese Gefangenen sind zum einen im Frauenkollektiv in Santo Domingo / Santiago inhaftiert, andererseits im Männerkollektiv in der „Carcel Publica" / Santiago. Die Demonstration richtete sich gegen den chilenischen Staat, der die Gefangenen, die gegen die Diktatur gekämpft haben, weiterhin inhaftiert hält, gleichzeitig jedoch für eine Straffreiheit der Menschenrechtsverletzer und Folterer plädiert. Sie klagen die sog. Demokratie an, die die neuen Gefangenen, die im Rahmen des Anti-Terror-Gesetzes festgenommen werden und revolutionären Organisationen angehören, nicht als politische Gefangene anzuerkennen und unter unwürdigen Bedingungen gefangen zu halten, insbesondere im Fall von Marcela Rodriguez (vgl. nachfolgendes Interview).

Der chilenische Staat hat sich während den zwei Jahren gewählter Regierung nicht in seinem Wesen verändert. Die Politik der Versöhnung richtet sich gegen das Volk, nicht gegen die Verantwortlichen der Diktatur. Mit der Demonstration sollte versucht werden, den Staat anzuklagen und zu demaskieren. Denn: Der Geheimdienst beispielsweise wurde ins Militär überführt, das neoliberale Wirtschaftssystem existiert weiter, der neue Wirtschaftsminister unter Aylwin scheint liberaler als seine Vorgänger unter der Diktatur (James Petras in: Demokratie und Armut oder die Armut der Demokratie?).

Es wurden neue Anti-Terror-Kommandos gebildet, die Militärausgaben um 30 % erhöht, ebenso soll die Anzahl der Carabiñeros erhöht werden. Und: Sowohl im Bereich der Justiz, des Militärs und der Zentralbank wurden keine oder kaum wesentliche personelle Veränderungen vorgenommen. Die alten Gesichter bleiben unter einem „neuen" politischen System.

Zur aktuellen Situation, dem Hungerstreik von acht Frauen und über die Situation der Gefangenen generell haben wir ein ausführliches Interview gemacht.

Wir führten das Interview am 15. Dezember 1991 im Frauenknast Santo Domingo in Santiago de Chile mit:

Ceceila Radrigan, Militante des MIR (Bewegung der revolutionären Linken und des Volkswiderstandes gegen die Diktatur), im Oktober 1981 verhaftet, hat insgesamt fünf Prozesse, in einem wurde sie zu 18 Jahren und einem Tag verurteilt, die anderen sind noch offen.

Ester Alfaro, 37 Jahre, drei Kinder, Militante des Movimiento Juvenil Lautaro, im September 1990 verhaftet, in allen Prozessen bereits verurteilt.

Belinda Zubicueta, zwei Söhne, die nach ihrer Festnahme das Land verlassen haben, Militante der PC (Kommunistische Partei), 1986 verhaftet, zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.

Patricia, 32 Jahre, verheiratet, eine Tochter, Militante der PS (Sozialistische Partei), im Oktober 1988 verhaftet, angeklagt in drei Punkten: Anti-Terror-Gesetz, Waffenkontrollgesetz und Strafgesetz.

Valentina Alvarez, 26 Jahre, Militante des MIR, verhaftet im November 1986, angeklagt in drei Punkten: Anti-Terror-Gesetz, Waffenkontrollgesetz und Strafgesetz. Ihr Prozeß wurde vom Militär- auf das Zivilgericht übertragen, was eine schnellere Bearbeitung bedeutet.

Gladys, 29 Jahre, Militante der PC, wurde am 30. Juni 1990 verhaftet, als sie im zweiten Monat schwanger war, ihr Sohn wurde im Knast geboren und lebt da auch mit ihr. Ihr Prozeß ist ebenfalls vor dem Zivilgericht, sie ist in drei Punkten angeklagt: Anti-Terror-Gesetz, Waffenkontrollgesetz und Strafgesetz.

Im Knast von Santo Domingo sind derzeit noch zwei weitere Genossinnen inhaftiert, die am Interview jedoch nicht teilnahmen:

Leonora, sie ist seit dem 10. 12. 91 im Hospital der Penitencería, wo sie am Blinddarm operiert wurde. Sie ist als Militante von MJ Lautaro festgenommen worden, im Oktober 1989, ihr Prozeß läuft noch.

Catalina Arila, verhaftet im September 1990, zu fünf Jahren und einem Tag verurteilt.

Wie sieht Eure momentane Situation, Euer Alltag hier im Knast aus, und wie habt Ihr diese Bedingungen erreicht?

Ceceila: Die momentane Situation ist das Resultat von langen Kämpfen, um eine würdige Behandlung zu erreichen. Unsere Anerkennung als politische Gefangene war während der Diktatur viel schwieriger als heute, sie existierte praktisch nicht. Und jede Eingabe, die wir in bezug auf Lernangebote, Kurse oder Sport machten, wurde uns nicht erlaubt. Um das zu erreichen, mußten wir jedesmal eine Aktion machen. Manchmal erreichten wir es, manchmal nicht. Es war sehr schwer, die Anerkennung als politische Gefangene zu erreichen. Am Ende der Periode der Diktatur hatten wir schon einige Fortschritte erreicht, wie ein Gefängnis, das nur für politische Gefangene war, welches das ist, in dem wir uns heute befinden (Santo Domingo). Nach der Übernahme der zivilen Regierung ist die Situation die gleiche geblieben. Es gibt jedes mal ein bißchen mehr „Freiheit" innerhalb der Bedingungen, z.B. eine Ausdehnung der Besuchstage, sie erlaubten viel mehr Aktivitäten, es gibt jeden Tag Besuch von den Kindern, dreimal die Woche reguläre Besuchszeit mit jeder Person, die kommen will, und die Berechtigung, jeden Tag Sonderbesuch zu bekommen. Wir haben verschiedene Werkstätten, Kunsthandwerk in Kupfer und Leder, Literaturwerkstätten, Tanzstunden und Makramee. So haben wir schließlich viele Aktivitäten, dreimal die Woche Computerkurs, und die Zeit vergeht sehr schnell.

Patricia: Wie Ceci schon sagte, haben wir einige „Freiheiten" erreicht, doch ist diese Periode schwieriger als unter der Diktatur. Da gab es einen Diktator, gegen den wir kämpfen konnten. Aber heute, nach zwei Jahren vom Volk gewählter Regierung, sind wir immer noch politische Gefangene im Knast, und das ist sehr schwierig.

Valentina: Eine andere Sache, die mir für die internationale Öffentlichkeit sehr wichtig erscheint, ist, daß wir Gefangene der Diktatur und der Demokratie gefoltert wurden. Und daß die Prozesse, oder besser die Klage / Strafanträge, die vor den Gerichten verhandelt wurden, damit die Verletzer der Menschenrechte Gerichtsverfahren unterworfen werden, nicht erfolgreich waren. Mehr noch, in einigen Prozessen sind die Verantwortlichen für die Folter davongekommen.

Erzählt bitte noch was über die Lebensbedingungen im Knast unter der Diktatur und welche neuen Aspekte sich für Euch ergeben haben.

Valentina: Während der Diktatur — es gibt Gefangene, die mehr als zehn Jahre im Knast sind, andere von uns sind fünf bis sechs Jahre da — mußten wir verschiedene Knäste durchlaufen. Zuerst war es das Frauengefängnis, in dem ein sehr strenges Regiment herrscht, sehr repressiv vor allem gegen die politischen Gefangenen. Danach, durch internationalen Druck, wurden wir in einen Männerknast verlegt — ein Knast, in dem nur politische gefangene Frauen waren, aber weil es ein Männerknast war, hatten wir Risiken wie Vergewaltigung und körperliche Angriffe von seiten der sozialen Gefangenen. Danach, auch nach einer Reihe von Forderungen und Druck von seiten der internationalen Organisationen für Menschenrecht, wurden wir in dieses Gefängnis verlegt, also im Januar 1988. Seit diesem Zeitpunkt sind wir hier in Santo Domingo, es unterscheidet sich sehr von anderen Gefängnissen. Es ist ein großes altes Haus, das speziell für uns bestimmt wurde. Das hat unsere Lebensbedingungen verbessert, was die Unterbringung betrifft, aber nicht die Situation des Eingeschlossen-Seins. Die juristischen Bedingungen, denen wir unterworfen sind, sowohl während der Diktatur wie auch jetzt, sind ungerecht.

Belinda: Eine andere Sache, die man bezüglich der Lebensbedingungen, besonders als eingeschlossene Frau, sagen muß, ist, daß jedesmal, wenn wir eine Bewegung entwickelten, um mehr Raum für uns zu bekommen, mit einer Bestrafung geantwortet wurde. In erster Linie hat das die Aufmerksamkeit der Knastleitung erregt. Die Genossinnen, die bespielsweise ihre gefangenen Genossen im Knast besuchen konnten, wurden bedroht, wenn sie mit ihrem Kampf um Freiräume fortfahren würden (z.B. für politische Veranstaltungen), dann würde die Garantie des Besuches bei den Genossen wegfallen, und sie könnten dann die Genossen nicht mehr besuchen. Wir wurden auch mit generellem Besuchsverbot bestraft.

Unter dem Erreichten als Konsequenz unseres Kampfes ist beispielsweise der Zugang von ÄrztInnen und PsychiaterInnen zu nennen. Dies hat uns erlaubt, uns mit der Bedeutung der Situation des Knastes auseinanderzusetzen. Diese bedeutet eine Desintegration der gesamten Familie. Diese Desintegration hat u.a. starke Stimmungsschwankungen zur Folge. Die psychologische Hilfe kann jedoch nicht über die Auswirkung der Folter hinweghelfen. Die ÄrztInnen, die wir jetzt haben, sind die unseres Vertrauens. Das haben wir auch durch unsere Aktivitäten und die Unterstützung durch soziale Organisationen, die Druck ausübten, erreicht.

Gladys: Desweiteren, ebenfalls ein Ergebnis der Desintegration der Familie, gibt es für die, die Kinder haben, und wir haben Kinder, eine Organisation, die sich ihnen widmet. Das ist notwendig, weil die Kinder ebenfalls schlimme Erfahrungen der Folter machen mußten. Die PIDE ist eine Organisation, die psychiatrische Angebote hat, Pedeatrie und allgemeine Medizin.

Patricia: Etwas anderes, was wir erreicht haben, ist, daß Genossinnen hier ihre (Schul-)bildung beenden konnten. Wir haben zwei Genossinnen, eine ist inzwischen draußen, die ihre mittlere Schulbildung abgeschlossen haben. Einer Gruppe wurde erlaubt, aus dem Knast heraus an der Universität für Soziologie zu studieren. Leider konnten wir nicht weitermachen, weil DozentInnen fehlten. Aber wir haben mit dieser Aktion erreicht, uns weiterhin zu bilden.

Wie kommt es, daß inzwischen die Mehrzahl der Gefangenen draußen ist, während Ihr noch immer im Knast seid — welche Teile des Lex Cumplido haben dazu geführt?

Patricia: Das hat etwas damit zu tun, wie die Regierung das Problem der politischen Gefangenen beantwortet. Da waren zuerst verschiedene Gesetze, um angeblich das gesamte Problem der politischen Gefangenen zu lösen. Das waren die sog. Cumplido-Gesetze. Deswegen war es am Ende komplizierter, und nur einige Genossinnen konnten rauskommen bzw. Frauen und Männer. Weil sie alles als ein juristisches und nicht als politisches Problem betrachteten. Nun, was passiert? Während dieser Jahre unter der Diktatur und heute beantworteten sie alles nach ihren Interessen. Es sind immer noch die gleichen: Die Richter sind heute die gleichen wie damals. Das heißt, weil es einen Regierungswechsel gab, werden sie nicht ihr Handeln oder die Gesetze ändern. Und so kommt es, daß einige Gefangene früher freikamen und andere später. Aber es gab auch Richter, die aus uns Angeklagte gemacht haben. In meinem Fall gab es drei Anklagen, im Fall von Valentina gab es eine Anklage vor einer Woche, und sie ist bereits seit fünf(!) Jahren im Knast. Das ist die allgemeine Situaiton. Es ist schwieriger gworden, mühseliger. Und es bleibt nur die Möglichkeit, nach Beendigung der Prozesse ein Gnadengesuch einzureichen odedr das Exil als Chance zur Freiheit. Es fehlt ziemlich viel, glaube ich. Es gibt auch unterschiedliche Fälle, z.B. den von Miriam (Ortega). Sie war zehn Jahre im Knast. Als ihre Prozesse zu Ende waren, wurde sie begnadigt. Also wie Du siehst, dauerte der Prozeß zehn Jahre.

Belinda: Der Präsident wird nicht das Problem unserer Freiheit lösen. Er wird nicht begandigen, und das ist es, was er bis heute gesagt hat. Ihm zu Folge hat er die Möglichkeit, dieses Problem zu lösen, aber er kann das nicht, bevor die Prozesse beendet sind. Es sind noch die Richter aus der Diktatur, die die Prozesse nicht beschleunigen. Es gibt keine Anordnung, daß sie es tun. Die Zivilrichter sind ebenfalls noch dieselben.

Valentina: Außerdem, was die Möglichkeit der Freiheit einiger Gefangenen der Diktatur bedeutete, war es zuerst und in großer Anzahl die Tatsache, daß ihre Prozesse zu Ende waren und sie auf Kaution freigelassen wurden. Die Strafe, die sie noch hatten, war gering. Das ist ein Teil. Andere wurden begnadigt, ebenfalls weil ihre Prozesse zu Ende waren. Und wir, die wir im Moment noch übrig sind, sind die mit den noch offenen Prozessen, wo uns das Unglück getroffen hat. Wenn wir an einen fortschrittlichen Richter geraten, gibt er uns vielleicht die Freiheit. Wenn wir einen rechten, der Diktatur nahestehenden Richter bekommen, verweigert er uns die Freiheit. Es ist also eine

Glückssache. Aber es beeinflußt auch der Druck, den die Regierung und die Rechte im Moment machen, um eine bestimmte Anzahl von politischen Gefangenen im Knast freizulassen.

Und das geschieht auch nicht zwingenderweise auf der Grundlage der Gesetze, die im Parlament verabschiedet wurden. Ebensowenig ist das Recht der Freilassung auf Kaution in unserem Fall nicht bindend. In diesem Land ist dieser Mechanismus nicht zwingend.

Wie wollt Ihr Eure Freiheit erreichen und was sind die Mittel, mit denen Ihr kämpfen wollt? Die Männer haben beispielsweise einen Hungerstreik mit der Forderung „Freiheit jetzt!" gemacht. Erzählt doch etwas über Eure Aktivitäten.

Valentina: Schau, wir haben uns auch am Hungerstreik beteiligt, der 23 Tage dauerte, und das war hauptsächlich deshalb, um die Aufmerksamkeit ein weiteres Mal auf unsere Problematik zu lenken — der Öffentlichkeit bekannzugeben, daß es noch immer politische Gefangene der Diktatur gibt. Im Juni diesen Jahres war das der zweite Hungerstreik. Der erste war im März und dauerte 19 Tage. All diese Aktionen, wir haben z. B. auch Knastbesetzungen mit den Angehörigen zusammen gemacht, waren und sind immer noch dazu bestimmt, Druck auf die Regierung auszuüben, damit sie die vermeintlichen Mittel vorantreibt, die uns begünstigen bezüglich Freiheit auf Kaution und der Beschleunigung der Prozesse, Begnadigung, einige GenossInnen bemühen sich um die Möglichkeit des Exils (die Gefangenen sollten nach den Cumplido-Gesetzen die Möglichkeit erhalten, anstatt ihrer Haftstrafe „freiwillig" ins Exil zu gehen — Anm. d. Ü.), alle diese Möglichkeiten, die die Regierung versprochen hatte zu erfüllen — aber noch nicht einmal das Versprechen haben sie bis zum Juni diesen Jahres eingehalten. Mit dem Hungerstreik erreichten wir die Prozeßbeschleunigung bei einigen GenossInnen, die Freiheit einiger und die Möglichkeit der anderen, einige dieser Begünstigungen zu bekommen. Es ging um den Punkt: Wenn wir nichts machten, würden wir erneut verlieren. Unsere Hauptforderung ist die sofortige Freiheit auf der Basis von Begnadigungsmechanismen, die auch tatsächlich funktionieren. Was heißt, wenn sie sagen, sie beschleunigen die Prozesse, daß sie das dann auch wirklich tun. Die Regierung ist in der Lage, Druck auf die Richter auszuüben, so daß sie die Mittel auch anwenden, die ihnen zur Verfügung stehen. Wenn es keinen Druck gibt, sowohl nationalen als auch internationalen werden die Prozesse immer wieder hinausgezögert. Hier sehen wir, daß dies eben auch ein politisches Problem ist. Wenn die Regierung sieht, daß es Moblisierung gibt, Druck, verschiedene Formen des Kampfes, um unsere Freiheit zu erreichen, beschleunigt sie oder versucht zu verhandeln oder Druck auf die juristische Macht auszuüben, damit sie mit diesen Mechanismen arbeitet.

Belinda: Die Frage, wie sie gestellt wurde, verstehe ich auch so, wie wir uns in der Gesellschaft zurechtfinden können, wenn wir in Freiheit entlassen werden. für uns, die wir lange im Knast sind, haben wir gesehen, daß die Genossinnen, die rauskamen, viele Probleme draußen hatten und wir uns auch in Zukunft diesen Problemen entgegenstellen müssen. Es erscheint alles in unserem Lebenslauf, von unserer Festnahme, den Anklagen wie z. B. das Anti-Terror-Gesetz, Waffenkontrollgesetze, was uns nicht erlaubt, eine Arbeit zu kriegen. Du willst dich wiedereingliedern, aber du kannst es nicht, weil es einerseits keine Arbeit gibt, andererseits ist es sehr schwer durch die Tatsache, daß du keine Wohnung hast, dich nicht bilden, nicht studieren kannst und dich als marginalisiert siehst. Das ist auch ein Punkt, den wir in die Forderungen des Hungerstreiks aufnahmen.

Gladys: Ich glaube, es ist noch mehr als das. Die Eingliederung ist auch im psychologischen Sinne sehr schwer. Die Genossinnen und Genossen, die mehr als zehn Jahre im Knast sind, haben es mit einer total anderen Gesellschaft zu tun, ihr Leben damals hörte plötzlich auf, und jetzt kommen sie raus, merken, daß sich die Dinge geändert haben, daß die Freunde von früher nicht mehr da sind, daß sich die Örtlichkeiten total verändert haben. Du mußt dich wieder anpassen, und es ist so, als wenn du beginnst aufs Neue zu leben. Nicht nur im Bereich der Arbeit usw., es ist der psychische Bereich, der auch sehr wichtig ist. Für uns Genossinnen, die Mütter sind, ist das Problem, daß wir wieder mit den Kindern klarkommen müssen. Die Kinder sind groß geworden und haben eine andere Lebensweise, die sehr verschieden zu der deinen ist. Desweiteren die Beziehung mit deiner Familie und deinem Partner, die, sagen wir, stagniert. Das ist wirklich sehr schwer.

Was haltet Ihr von der Möglichkeit des Exils und der Begnadigung? Ist eine Begnadigung nicht mit Abschwören verbunden? Wie seht Ihr das als Möglichkeit, aus dem Knast rauszukommen?

Ceceila: Oh, das selbstgewählte Exil. Das ist etwas, was wir kategorisch abgelehnt haben. Wir denken, daß wir das Recht haben, in unserer Heimat zu leben, weil unser Kampf gerecht war. Unsere Freilassung hätte im März 1990 erfolgen sollen (Amtsantritt Aylwins — Anm. d. Ü.). Ich selbst akzeptiere das „selbstgewählte" Exil nicht. Schon früh haben sie uns die Grenzen gesteckt, und unsere Option der Freilassung ist, die Verurteilung abzuwarten und danach die Begnadigung in Anspruch zu nehmen — die einzige Form, die wir im Augenblick haben, um unsere Freilassung zu erreichen. Es gibt gewiß verschiedene Einzelfälle, in denen eine persönliche Entscheidung zugrundeliegt, um zu bestimmen, ob man das „selbstgewählte" Exil in Anspruch nimmt. Wie im Fall von Patricia, deren Ehemann in Belgien ist. Sie will nicht gehen. Also, du siehst, daß du mit Problemen konfrontiert bist, die sehr schwierig sind, weil ihr Partner und Genosse außerhalb des Landes ist. Und er kann nicht zurückkehren, weil sie ihn dann verhaften. Und sie ihrerseits will das Land nicht verlassen. Es sind also Situationen, in denen es keine einfache Lösung gibt. Und sie wird den Zeitpunkt bestimmen müssen, an dem sie sich entscheiden muß: bleiben und den Partner verlieren oder zu gehen, wieder mit ihm zusammenzusein und ihre Heimat aufzugeben.

Valentina: Wofür wir gekämpft haben, abgesehen davon, daß sie uns als politische Gefangene anerkennen, ist, daß sie unseren Kampf gegen die Diktatur anerkennen, daß wir Kampfformen angewandt haben, die revolutionär waren. Abgesehen von unserem eigenen Beitrag schafften wir es auch dank der internationalen Unterstützung, daß die Diktatur beendet wurde. Dieses legitime Recht, das wir hatten, Widerstand zu leisten, ist nie anerkannt worden. Sondern mehr noch, sie erniedrigen als Menschen mit Begriffen wie Begnadigung, Selbstexil, mit den Cumplido-Gesetzen. Die Regierung behandelt uns wie Verbrecher. Sie verzeihen uns, daß wir eine Straftat begangen haben, nicht aber, daß wir keine Alternative haben. Bei der Regierungsübernahme hatten sie nicht den Willen, uns mit allen unseren Rechten als politische Gefangene anzuerkennen. Sie erkannten uns einen Teil an, nicht aber den Teil, welcher der bedeutendste und schwierigste für uns ist, nämlich weiterhin im Knast zu bleiben. (Sie wurden folglich als politische Gefangene gegen die Diktatur anerkannt, dies bedeutete jedoch nicht automatisch ihre Freiheit — Anm. d. Ü.) Wir sind nicht damit einverstanden, um Verzeihung zu bitten, genausowenig mit Papieren und Prozessen. Wir fordern die Freiheit in Chile und jetzt. Aber die Regierung mit ihren Mechanismen schaffte es, daß wir ab einem bestimmten Moment keine Alternative mehr hatten. Wir müssen diese Mittel akzeptieren, weil wir nicht genug Kraft hatten, dem eine Alternative entgegenzustellen; und deswegen müssen wir von den Cumplido-Gesetzen, von Prozessen usw. sprechen. Fragen, mit denen wir niemals einverstanden waren, hauptsächlich wir als Frauen.

Belinda: Auch die Sache mit dem selbstgewählten Exil, was schon erwähnt wurde — damit waren wir nie einverstanden, aber es gibt keine Alternative. Das heißt, entweder zu entscheiden, daß sie dich aus dem Land werfen oder daß du im Knast bleibst. Das sind die schwersten Fälle. Du mußt wählen zwischen der einen oder der anderen Sache. Du mußt das Problem im Rahmen der Cumplido-Gesetze lösen. Eine weitere Sache, die nicht sicher ist, weil das Cumplido-Gesetz ein allgemeines legislatives Gesetz ist, das dich behandelt wie andere Gefangene auch. Es entwertet unsere Eigenschaft als politische Gefangene. Es ist wichtig, daß es klar ist, daß sie *nicht* darauf verzichten, uns einen Prozeß zu machen und uns nicht als Menschen anerkennen, die gegen die Diktatur kämpften, um zu Veränderungen

beizutragen, diese Zeit, in der wir jetzt leben. (Die Cumplido-Gesetze) kamen nicht mit dieser Absicht, sondern sie waren im Rahmen einer allgemeinen Lösung mit den Gefangenen, worunter für die Regierung die sozialen Gefangenen und eben auch wir, die politischen, fielen.

Seit dem 9. 12. 91 befinden sich acht Frauen im Hungerstreik. Welche Frauen sind das, und was sind ihre Forderungen?
Ester: Zuerst will ich Dir sagen, daß wir ca. 70 politische Gefangene in ganz Chile sind, die während der Demokratie festgenommen wurden. In der Penitenceria (Zuchthaus) von Santiago sitzen 40 Genossen, und sie leiden im Moment unter den Belästigungen und der Gewalt der Schließer. Einige von ihnen bekommen Morddrohungen.

In bezug auf die Frauen haben wir den Fall von Marcela Rodriguez, die im Hospital der Penitenceria eingeschlossen ist. Sie leidet an einer Lähmung, die sie invalide macht. Aufgrund einer Kugel, die sich in der Wirbelsäule befindet. Im Gefängnis von San Miguel sind weitere Genossinnen inhaftiert. Es ist ein Männerknast, und sie sind von seiten der Gefangenen sexuellen Angriffen und Belästigungen ausgesetzt. Insgesamt sind wir neun Frauen im ganzen Land, von denen zwei vergewaltigt wurden. Wir wurden alle gefoltert von seiten der Untersuchungskommission, einer Gruppierung der Carabiñeros. Wir wurden alle gefoltert, doch die Regierung stellt sich dieser Tatsache gegenüber taub. Die Regierung erkennt uns nicht als politische Gefangene an, aber trotzdem sind wir nach speziellen Gesetzen angeklagt: Waffenkontrollgesetz, (...), Anti-Terror-Gesetze. Am 9.12. sind wir in einen neuen, unbefristeten Hungerstreik getreten. Für die Freiheit von Marcela Rodriguez aus humanitären Gründen. Der zweite Punkt der Forderungen ist die Zusammenlegung der Frauen hier in Santo Domingo/Santiago in einem Gefängnis. Ebenfalls fordern wir die würdige Behandlung der politischen Gefangenen, die während der Diktatur festgenommen wurden, und auch die Freiheit für alle politischen Gefangenen ohne Ausnahme.

Erzählt uns doch bitte noch etwas genauer von der Situation und dem Gesundheitszustand von Marcela Rodriguez.
Ester: Marcela befindet sich seit einem Jahr im Hospital der Penitenceria, in einer normalen Zelle. Sie kriegt weder Sonne noch Frischluft. Aus der Zelle holen sie sie nie heraus. Aus humanitären Gründen dürfte sie nicht an diesem Ort sein. Wir verlangen, daß man ihr die sofortige Freiheit gibt, damit sie sich rehabilitieren kann. Im Moment gewährt man ihr nur eine minimale Behandlung. Sie braucht eine spezielle Behandlung und physiologische Therapie/Krankengymnastik, damit sie sich rehabilitieren kann. Das, was Marcela im Moment fordert, ist, daß sie, wenn sie sie schon nicht rauslassen, ÄrztInnen ihres Vertrauens bekommt. Daß sie eine Behandlung zulassen und daß sie in einen Raum verlegt wird, in dem sie wenigstens Frischluftzufuhr bekommt.

Marcela erhält ständig Morddrohungen von seiten der Schließer.

Die Penitenceria ist ein Männergefängnis und erlaubt keine freie ÄrztInnenwahl. Nicht nur Marcela, sondern ihre ganze Familie wird bedroht. Sie haben in den Hof ihres Hauses tote Tiere wie Katzen und Hunde geworfen, aufgrund dessen geht es ihr seit einer Woche mit jedem Tag schlechter.

Sie hatte vor einer Woche eine Krise, wo sie nicht mehr konnte.

Sie wird sich wohl auch am Hungerstreik beteiligen, weil sie es vorzieht, im Hungerstreik zu sterben und nicht in den Bedingungen, die sie töten.

Marcela hat eine Kugel im Halswirbel, sie kann sich von der Hüfte an abwärts nicht mehr bewegen. Sie kann weder Urin noch Stuhlgang halten/kontrollieren. Was sie kann, ist sprechen und ihre Hände bewegen, sonst nichts.

Die Regierung unterscheidet zwischen den Gefangenen der Diktatur und den Gefangenen der sog. Demokratie. Am jetzigen Hungerstreik beteiligen sich nur Gefangene der sog. Demokratie. Wie sind Eure Verbindungen, Euer Austausch und Eure Bezüge zueinander?
Ceceila: Wir als Gefangene der Diktatur erkennen sie als politische Gefangene an, wir unterstützen sie und solidarisieren uns mit ihrer Aktion. Es ist richtig, daß es nur wenige Instanzen gibt, die sie als politische Gefangene anerkennen. Allgemein gibt es diese Anerkennung nicht. Das ist die Forderung, die sie im Moment auch aufstellen. Wir betrachten sie als legitim, und sie rechnen mit unserer Unterstützung und Solidarität, und wir sind dabei, verschiedene Aktivitäten zu initiieren, um diese Aktion zu unterstützen. Unsere Unterstützung wird primär die öffentliche Erklärung sein, die ihre Forderungen unterstützt. Sie sind Bestandteil des Dossiers, das wir als internationale Anklage entworfen haben, sie sind darin enthalten mit ihrem Zeugnis und ihrer allgemeinen Situation.

Wir geben den Anstoß für Wandbilder in der Straße von Santiago, wir verlangen, daß man ihre Rechte anerkennt, wir haben einige Pamphlete gemacht an verschiedenen Orten, Rundfunkankündigungen, das sind die Formen unserer Unterstützung. Und wir bitten die Organisationen, die uns unterstützen, daß sie sie in ihren Aktivitäten ebenfalls unterstützen. Sie als Gefangene dieser Periode. Zu Beginn des Hungerstreiks bildete sich ein externes Komitee, das sie unterstützt. Wir unterstützen wiederum das externe Komitee mit Ressourcen/Material. Wir übernehmen die internationale Anklage ihrer Situation. Wie es weitergeht, hängt davon ab, wie sich die Bewegung entwickelt, und wir werden sehen, mit welchen weiteren Formen wir mit unserer Unterstützung fortfahren können. Sie haben uns auch gebeten, Briefe ans Justizministerium und die Knastleitung zu schreiben, die ihre Petition der Zusammenlegung in diesem Knast betreffen.

Welche Formen der Unterstützung gibt es draußen? Wer stellt das externe Komitee, und welche Aufgaben hat es? Gibt es bereits eine Beteiligung von sozialen Bewegungen und politischen Gruppen und Parteien an der Unterstützung Eures Streiks?
Ester: Das externe Komitee ist eine Gruppe von Freunden und Verwandten von uns allen, die den Hungerstreik unterstützen, unter ihnen auch die Gruppe der „Mütter Vecolda", und wenn sich das Komitee weiter entwickelt, werden auch weitere soziale Organisationen teilnehmen. Im Moment ist das noch nicht so.

Erscheint der Hungerstreik in der Presse, also in den öffentlichen Kommunikationsmedien?
Ester: Ja, in einigen Medien erschien unser Hungerstreik, am Montag wurde außerhalb des Knastes eine Pressekonferenz abgehalten. Heute, am Freitag, jetzt in diesem Augenblick, wird es eine Pressekonferenz vor der Penitenceria geben. Alle Verhandlungen, die geführt werden, laufen über Marcela. Sie ist Sprecherin des Hungerstreiks.

Welche Reaktion gab es von seiten der Regierung auf Euren Streik?
Belinda: Sie haben bis jetzt noch überhaupt nichts verlauten lassen. Ich denke, das wäre für uns auch nicht günstig. Und wie ich schon sagte, der Hungerstreik ist unbefristet, und wir gehen davon aus, daß wir unsere Ziele nicht in wenigen Tagen erreichen, also die sofortige Freilassung von Marcela und die Zusammenlegung in einem Knast.

Wie realistisch betrachtet Ihr die Erfüllung Eurer Forderungen, und gibt es denn eine Chance, die Freiheit von Marcela zu erreichen?
Ceceila: Gut, es ist ein bißchen schwierig, dieses Ziel zu erreichen, aber nicht unmöglich. Es hängt grundsätzlich von dem Grad der Unterstützung ab, den die Genossinnen bekommen. Den Druck, den wir innerhalb des Landes wie auch mit internationaler Hilfe entfalten können, der die Regierung veranlaßt, eine Position angesichts des so humanitären Problems wie der Freiheit von Marcela einzunehmen aufgrund ihres körperlichen Zustandes. Es gibt verschiedene Faktoren, die da reinspielen. So gesehen ist es von fundamentaler Bedeutung, ob man diese Aktion unterstützen kann, um die Ziele zu erreichen. Die Situation

von Marcela betreffend, nämlich daß sie haftunfähig ist, wurden eine Reihe von internationalen Kampagnen für sie initiiert, z. B. hat sich in Frankreich eine ziemlich große Kampagne entwikkelt, in Schweden und Belgien und anderen Ländern, an die ich mich im Moment nicht erinnern kann. Dort hat man ihre Freiheit aus humanitären Gründen verlangt. Sie braucht eine spezielle Behandlung, um sich innerhalb ihrer Möglichkeiten zu rehabilitieren — und sie kann Fortschritte machen. Die Fortschritte hängen von ihrer medizinischen Betreuung ab. In diesem Moment hat sie die Betreuung nicht. Äußerst unzureichend, und je mehr Zeit vergeht, um so schwieriger wird ihre Genesung. Dafür ist ihre Freiheit notwendig, um z. B. in ein anderes Land zu gehen, wo sie eine angemessene Behandlung kriegen kann. Oder hier im Land diese Behandlung durchzuführen. Weil wenn sie weiterhin inhaftiert bleibt, wird ihre Genesung unmöglich. Sie braucht wenigstens eine minimale Verbesserung, damit sie sich selbst versorgen kann, weil sie im Moment total abhängig ist.

Belinda: Wie Du schon sagtest, Ceci, zur Kampagne, wie sie schon früher für Marcela gemacht wurde, hat sich die Regierung unsensibel verhalten. Deshalb ist es wichtig, daß die Unterstützung, die es bei der jetzigen Aktion geben wird, viel stärker sein muß.

Gladys: Desweiteren möchte ich bemerken, daß neben dem, was schon über die Bedingungen von Marcela gesagt wurde, diese nur so weit gehen, um sie am Leben zu erhalten. Ich glaube, es gibt keine Rehabilitation und nichts. Das heißt, sie am Leben zu erhalten in dem Sinne, daß sie jemanden haben, den sie verurteilen können . . .

Desweiteren verursacht das eine Reihe von Schwierigkeiten, psychische und emotionale Probleme, die ihrer Gesundheit entgegenstehen. Durch die Tatsache, daß sie Kräfte verloren hat, sie hat eine Reihe von Verletzungen, die die Ursache sind, daß sich der Kräfteverlust verlängert, und das schädigt sie noch viel mehr.

Bis jetzt bestand zweimal Todesgefahr aufgrund einer schweren Infektion. Deshalb betrachten wir es als gut, nein: als fundamental, daß man ihr die Freiheit gibt, in der ihr eine Behandlung erleichtert wird. Und sie könnte sich dadurch etwas weiterentwickeln. Das ist wichtig, weil es für sie so schwierig ist zu sehen, daß sie von Tag zu Tag einem Baby gleich wird.

Und das wird sie praktisch im Moment.

Ceceila: Also, ich möchte im Namen des Kollektives danken, daß Ihr uns ermöglicht habt, unsere Situation, diese ungerechte Inhaftierung weiterhin anzuklagen, einen Aufruf an die internationalen Organisationen zu machen, daß sie weiterhin unsere Freilassung fordern und genauso die neuen politischen Gefangenen unterstützen, gerade in dieser aktuellen Situation. Sie sollen innerhalb ihrer Gefangenschaft die „besten Bedingungen" bekommen — die besten Bedingungen in dem Knast, in dem sie wiedervereint sein werden.

Sowohl für sie als auch für uns, die wir uns heute noch im Knast befinden, ist es wichtig, ihre Petitionen zu unterstützen, die der Zusammenlegung, der würdigen Behandlung und der Anerkennung als politische Gefangene. In unserem Fall werden wir weiterhin Druck machen, unsere Freiheit zu fordern!

Fortsetzung von Seite 4

maschinerie zu entreißen. Eine Freilassung würde nicht nur sein Leben retten, sondern wäre für die schwarzen Communities eine Ermutigung und ein Sieg.

Sonderkonto „Mumia Abu-Jamal", Bank für Gemeinwirtschaft Bremen, Konto-Nr. 100 587 7601, BLZ 290 101 11.

agipa-press, 1. Februar 1992, Eichenbergerstr. 53, 2800 Bremen, (04 21) 35 40 29.

Letzter Kontostand 3. 2. 92: 41 264,43 DM

Bericht über die Demonstration am 12. Oktober 1991 in Washington, USA

Freiheit für die politischen und Kriegsgefangenen!
Für ein unabhängiges Puerto Rico!

Dies waren die zentralen Forderungen, unter denen am 12. Oktober 1991, dem Tag, an dem sich Kolumbus' Landung in der Karibik zum 499. Mal jährte und George Bush zum Gedenken daran zu Füßen seines Denkmals in Washington eine Festrede hielt, mehr als 3 000 PuertoricanerInnen in den Straßen der US-amerikanischen Hauptstadt demonstrierten.

Aufgerufen hatte das Comité Nacional Pro-Libertad Prisoneros de Guerra Puertorriquenos, gekommen waren viele (obwohl ein nicht geringer Teil nicht rechtzeitig genug eintraf, um noch mitmarschieren zu können).

An der Spitze des Zuges die Familien der puertoricanischen politischen und Kriegsgefangenen, die alle große Bilder ihrer Angehörigen tragen, daran anschließend junge Menschen, alte Menschen, Kinder, Kirchenvertreter, Mitglieder politischer Organisationen — eine sehr bunte Mischung. Es werden viele Transparente mitgetragen, die die Freilassung der Gefangenen fordern und Solidarität mit ihnen und den bewaffnet kämpfenden Organisationen der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung, der FALN und den Macheteros, bekunden. Unentwegt werden Parolen gerufen, laut und vielstimmig. „Puerto Rico will be free, drive the Yankees to the sea!", „The FALN is alive and well, the FBI can go to hell!", „Viva Puerto Rico libre, fuera Yankis del Caribe!", „Se siente, se siente, los Prisoneros de guerra estan presente!" Dazwischen sind immer wieder Lieder zu hören, die den Befreiungskampf besingen und die schöne Insel in der Karibik.

Der Zug führt zunächst durch das Latino-Viertel, dann weiter durch das schwarze Ghetto, in dem es Monate zuvor zu Aufständen gekommen war. Die Menschen in den Häusern und an den Straßenrändern lassen sich von der Stimmung, die von dem Demonstrationszug ausgeht, von der fröhlichen Entschlossenheit, der militanten Lebensfreude, der Energie und Stärke mitreißen. Sie grüßen die Vorbeiziehenden, manche laufen ein Stück mit, lassen sich informieren oder erklären sich solidarisch.

Schließlich erreicht der Zug den Ort der Abschlußkundgebung, den Lafayette Park direkt gegenüber dem Weißen Haus und dem Blair Haus.

Die Kundgebung wird mit der Verlesung der Grußadressen aus Europa begonnen, wo am selben Tag verschiedene solidarische Aktivitäten stattgefunden hatten. Dann sprachen VertreterInnen verschiedener Bewegungen und Organisationen: Bobby Castillo (American Indian Movement und International Indian Treaty Council), Dhoruba Bin-Wahad (ehemaliger Gefangener der Black Panther, Vertreter der Afro-Americans), José Lopez (MLN) und viele andere. Fast alle Redebeiträge bezogen sich auf das Kolumbus-Jahr 1992 und riefen zu vielfältigen Aktionen auf. So sagte Dhoruba:

„Puerto Rico war eine der ersten Inseln, die von Christoph Kolumbus genommen wurden. Kolumbus steht exemplarisch für den europäischen Rassismus. 1992 müssen wir alle noch militanter werden, und es muß direkte Aktionen von der Basis aus geben, die sich gegen die Kräfte in den USA richten, die

unseren Völkern Unabhängigkeit, Menschenwürde und Selbstbestimmung verweigern.

Für 1992 wird es am wichtigsten sein, allen klarzumachen, daß die USA nicht zum ‚business as usual' übergehen können, wenn es keine Selbstbestimmung für unsere Völker und keine Freiheit für unsere Gefangenen gibt!"

Bobby Castillo berichtete zuerst von der Polizeiaktion, mit der am Morgen einige Dutzend Native Americans daran gehindert worden waren, ihre Zeremonien vor dem Kolumbus-Denkmal auszuführen. Kurz bevor Bush auftauchte, wurden sie mit Gewalt von dem Platz um das Denkmal weggedrängt. „Wie kann Bush diesen Kolumbus ein Genie nennen?", fuhr Bobby fort, „dieser Mann war nichts als ein betrunkener Seemann, der sich verirrt hat! Er dachte, er habe Indien gefunden, aber ich bin kein ‚Indianer', ich bin ein Cherokee Apatche. Und ich bin auch kein Amerikaner, niemand kann mich nach diesem Amerigo Vespuchi benennen! . . . Niemand hat das Recht, unser Land zu verkaufen. Niemand! Wir sind die einzigen, die darüber entscheiden dürfen. Wir sind die eigentliche Einwanderungsbehörde, nicht das Weiße Haus!

Wir als ‚indianische' Völker kennen Ausbeutung, Kolonialismus und Sklaverei und sagen deshalb: Nur das puertoricanische Volk darf über sein Land bestimmen! Eure Befreiung ist unsere Befreiung, gemeinsam mit dem afrikanischen Volk. 1992 wird Nelson Mandela nach San Francisco zurückkehren und teilnehmen an dem Tribunal der Völker über 500 Jahre Kolonialismus und Völkermord. Hunderttausende werden dort sein, wenn die nachgebauten Kolumbus-Karavellen die Bucht von San Francisco erreichen, es wird Demonstrationen zu Land und zu Wasser geben. Fischerorganisationen werden versuchen, die spanischen Schiffe am Einlaufen zu hindern. Wir hoffen, Euch alle dort zu treffen, um unsere Arbeit fortzusetzen. Im Namen des American Indian Movement und im Namen von Leonard Peltier: Viva!"

Danach sprach José Lopez, der alle Anwesenden, insbesondere die aus der Dritten Welt, dazu aufrief, sich an einem Aktionsprogramm zu beteiligen, das am 12. Oktober 1992 überall in den USA seinen Höhepunkt in militanten und entschlossenen Aktionen finden solle, die den Rassismus und Kolonialismus der USA demaskieren und die Forderung nach Freiheit für alle gefangenen antikolonialen KämpferInnen unterstützen sollten.

Die meiste Aufmerksamkeit erhielt Rafael Cancel Miranda, ehemaliger politischer Gefangener, der 1954 wegen seiner Teilnahme an einem bewaffneten Angriff auf den US-Kongreß verhaftet wurde und mehr als 25 Jahre in US-amerikanischen Knästen gesessen hat. Aufgrund des Drucks einer nationalen und internationalen Bewegung war er 1979 zusammen mit Lolita Lebron und drei weiteren Independistas schließlich freigelassen worden.

„Daß ich heute in Washington mitmarschieren konnte", so Don Rafael, „das ist nur meinem Volk zu verdanken, das mich und die anderen freigekämpft hat. Das zeigt, wir haben die Kraft, wir haben die Macht, das zu schaffen. Wir alle haben die Macht, wir brauchen nur die Entschlossenheit. Und wir dürfen nicht einen Tag nachlassen, um für die Freiheit der Gefangenen zu kämpfen. Wir sind mit ihnen zusammen im Gefängnis, wo sie für unsere Identität stehen, so wie die Macheteros in Puerto Rico für die Identität des puertoricanischen Volkes stehen. Wir kämpfen nicht bloß um die Freiheit der Gefangenen, sondern auch um unsere Befreiung von dem Gefängnis, das uns als unterdrückte puertoricanische Nation umgibt! Im Namen dieser Gefangenen, im Namen meines Volkes, im Namen unserer Communities in den USA, im Namen aller, die Würde besitzen, danke ich Euch! Es lebe das freie und unabhängige Puerto Rico! Nieder mit dem nordamerikanischen Imperialismus!

Zum Abschluß der Kundgebung las Piri Thomas, ein bekannter puertoricanischer Dichter, ein altes puertoricanisches Gedicht und einige seiner eigenen vor, und eine Musikgruppe spielte und sang Lieder der Unabhängigkeitsbewegung gemeinsam mit den KundgebungsteilnehmerInnen, bis sich die Versammlung langsam auflöste.

226 000 erfundene DemonstrantInnen
Ein Musterbeispiel der Desinformation europäischer Medien

„250 000 Basken demonstrierten gegen den Terrorismus!" Diese von der dpa vor Wochenfrist verbreitete Meldung ging um die Welt. Tatsächlich waren es nicht ein Zehntel dieser astronomischen Zahl. Korrespondenten vor Ort, so beispielsweise dem ZDF-Journalisten, war dies auch aufgefallen, und so lag seine Angabe (50 000) immerhin schon 500 Prozent unter derjenigen der Organisatoren. Die baskische Zeitung „egin" schließlich zählte die TeilnehmerInnen und kam auf knapp 24 000. Eine Woche später, am 8. Februar, fand in derselben Stadt eine weitere Demonstration statt, zu der unter dem Motto „Der Frieden ist möglich! Für Verhandlungen (mit ETA)" wiederum von „egin" gezählte 30 000 Menschen kamen. Eine Nachricht allerdings, die den hiesigen Medien hier wie dort keinen Pfifferling mehr wert war.

30 000 Baskinnen und Basken nahmen an der Demonstration teil, zu der Herri Batasuna aufgerufen hatte. Die Demonstration wurde von einem enormen Polizeiaufgebot überwacht, ein Helikopter der Guardia Civil kreiste während der ganzen Veranstaltung über dem Demonstrationszug. Einige Autobusse mit aus anderen baskischen Provinzen angereisten DemonstrantInnen wurden von der Guardia Civil vor Bilbao zurückgehalten und mußten wieder umkehren. In einer Rede auf der Abschlußkundgebung wies der Parlamentarier Patxi Zabaleta auf die „monströse Kampagne" hin, die die baskische Regierung in den Wochen zuvor wieder einmal gegen Herri Batasuna und die gesamte baskische Befreiungsbewegung lancierte. In diesem Zusammenhang sagte er, daß die „politischen Pakte, die kreiert wurden, um der Repression und den polizeilichen Aktionen Deckung zu geben, niemals triumphieren werden". Er wies im weiteren darauf hin, daß Herri Batasuna sich bewußt ist, daß das baskische Volk den Frieden brauche, er insistierte aber darauf, daß dieser Frieden nicht „gegen" und nicht „unter Ausschluß" von jemandem sein könne. Ein wirklicher Frieden könne nur auf der Basis von Verhandlungen und der Anerkennung der Rechte des baskischen Volkes auf Selbstbestimmung erzielt werden.

Der Sprecher von Herri Batasuna, Jon Idigoras, meinte in bezug auf die Demonstration eine Woche zuvor, zu der die Vereinigung „Gesten für den Frieden" mit Unterstützung der baskischen Regierung und Institutionen aufgerufen hatte, daß diese sehr wohl den Wunsch eines bestimmten Teils des baskischen Volkes nach Frieden über den Weg einer Liquidierung ETAs ausdrücke. „Glücklicherweise", so Idigoras, „aber nicht die Mehrheit des baskischen Volkes!"

Zahlenmanipulationen in den internationalen Medien

Keine der großen spanischen Tageszeitungen konnte am Tag nach der 250 000er Demonstration diesen Zahlenangaben der Veranstalter Glauben schenken. Einzig das staatliche Fernsehen und Radio übernahmen die Angaben unhinterfragt. Um so peinlicher ist es für die hiesigen Medien hierzulande, diese gewaltige Propagandalüge kommentarlos übernommen zu haben. Diese Desinformation allerdings hat System: Es sind dieselben Medien, welche die Demonstration von Herri Batasuna totschweigen werden, und es sind auch dieselben, welche eine der größten Demonstrationen in der Geschichte des Baskenlandes überhaupt (12. Oktober 1991, 100 000 in Bilbao für die Unabhängigkeit) schlicht ignoriert haben. Weshalb? Wohl mangels besserer Argumente gegen den Kampf des baskischen Volkes für das Recht auf Selbstbestimmung

(UNO-Resolution vom 12. Dezember 1970). Folter, Repression, Kulturgenozid und Unterdrückung passen nicht in ihr Bild von Europa 1992!

Euskadi Information, 11.2.1992

Erklärung der Flüchtlinge aus Norderstedt, 8.2.92 Gemeinsamer und unbegrenzter Hungerstreik

Seit dem 12. September leben wir Flüchtlinge unter schwierigen Umständen in Kirchen. Während dieses 5monatigen Widerstandes wurden uns Ultimaten gestellt, wurden wir für illegal erklärt, wurde uns mehrere Male mit schneller Abschiebung gedroht.

Außerdem erfuhren wir die Einstellung der humanitären Hilfen, medizinischen Versorgung, Lebensmittel, Telefonmöglichkeiten, und: Wir müssen in der Kälte schlafen.

Der Grund, weshalb wir noch immer diese Umstände in der Kirche ertragen müssen, ist, daß wir uns weiterhin wehren, nach Ostdeutschland geschickt zu werden, nachdem wir Anfang November in Greifswald von „fremdenfeindlichen Fußballfans" angegriffen worden sind. Einige von uns waren bereits in Rostock (MVP) und Thüringen angegriffen worden, bevor wir nach Greifswald gehen mußten. Später, in der Silvesternacht, wurden einige von uns in Schwerin erneut angegriffen.

Was wir in der Schalom-Kirche erdulden, ist die Strafe für unsere Flucht nach Schleswig-Holstein vor den Gewaltausbrüchen gegen Flüchtlinge.

Die Erklärungen verantwortlicher Politiker, die Gewalt sei ein Anzeichen für die Ängste großer Teile der Bevölkerung vor einer Zunahme von Asylsuchenden, ist ein deutliches Zeichen, wie Duldung von Gewalt für ein Verdecken rassistischen Terrors arbeitet. Diese deutsche nationalistische Krankheit, die von Regierenden als Versuch, von ihrer skandalösen Politik abzulenken, gefördert wird, malt ein Bild, als ob Deutschland bevorstünde, von Flüchtlingen „überfallen" oder „überflutet" zu werden.

Bangladesh z.B., eines der ärmsten Länder der Welt, nimmt mehr als eine Million Flüchtlinge auf. 1991 kamen 250000 Flüchtlinge nach Deutschland. Ca. 60000 von ihnen kommen aus Jugoslawien und wollen zurückkehren, wenn der Krieg vorbei ist.

In jenem Bild wird ein Image vorgegeben, in dem wir Flüchtlinge übel, schmutzig, verwerfliche Sündenböcke und Kriminelle sind.

Ein Beispiel hierfür findet sich in einer Pressekonferenz, in der Sozialminister Jansen sagt, daß die Flüchtlinge in Norderstedt nicht etwa eine zu bemitleidende Gruppe von Ausländern sei, sondern eine „Power-Gruppe" (vgl. WELT, 31.1.92).

Die Verurteilung der rassistischen Gewalttäter durch die politisch Verantwortlichen war nicht unzweideutig, sondern verbunden mit einer Erklärung, daß die Asylgesetze von Flüchtlingen mißbraucht würden.

Während der fünf Monate Widerstand haben wir unter den Auswirkungen der Nazi-Angriffe in der Ex-DDR und dem Druck, den Kirche und Regierung ausüben, gelitten, aber wir ziehen es vor, in Schleswig-Holstein zu leiden.

Es ist kein Vergnügen für uns, in einer Kirche zu leben, und auch hier besteht die Gefahr eines rassistischen und faschistischen Angriffs. Aber der Unterschied ist, daß wir dann nicht allein und isoliert sein werden wie im Osten.

Ferner ist Isolation eine Methode, die Asylverfahren verschlechtert.

Überall in Deutschland gibt es Rassismus, aber der Grund, warum wir uns hier sicher fühlen, ist, daß die Leute seit Jahren mit AusländerInnen vertraut sind und beschützende und informative Unterstützung leisten.

Wir fühlen uns nicht als „andersartig" unter diesen Leuten.

Es gibt auch Menschen, die uns vertreiben wollen.

Um Druck auf die Gruppe auszuüben, haben sie verschiedene Waffen benutzt. Ein Beispiel ist, wie eine Gruppe von Flüchtlingen durch andere Flüchtlinge, die von der Kollaboration zwischen Kirche und Regierung geschickt wurden, zu überzeugen versucht wurde, in die Ex-DDR zu gehen. Auch drohen sie uns mit einer Polizeiräumung, falls wir nicht dorthin gehen.

Einige Flüchtlinge konnten den unterschiedlichen Druck nicht aushalten und gingen widerwillig in die Ex-DDR. Einige von ihnen, die dorthin gehen mußten, sind aus Deutschland geflohen.

Die Flüchtlinge, die jetzt die Zwangsverteilung nicht akzeptieren, sind diejenigen, die die Einschüchterungen und den Druck noch aushalten können.

Ihre letzte Drohung ist eine schnelle Abschiebung nur für diese spezielle Gruppe in der Kirche. Einige von uns, die in die Ex-DDR gehen mußten, konnten aus Deutschland fliehen. Andere leben wieder in den westlichen Bundesländern, gefährden ihre Asylverfahren und geben wie Tausende anderer Flüchtlinge ihren legalen Status auf.

Dieses Ergebnis ist das beste Beispiel, welches aufzeigt, was sie mit der letzten Einschüchterung, Schnellverfahren nur für uns, welche bis Ende Februar abgeschlossen sein sollen, beabsichtigen.

Dies ist der letzte Schritt, die letzte Drohung der Regierung, damit wir unsere Forderung, in Schleswig-Holstein zu bleiben, aufgeben.

Im Gegensatz zu dem, was Jansen bisher anstrebte, leben wir Familien, die von Greifswald flohen, immer noch in Schleswig-Holstein, ungeachtet allen Drucks und aller Schwierigkeiten.

Wir können immer noch nicht das Risiko auf uns nehmen, nach Mecklenburg-Vorpommern zu gehen, und wir stellen uns der Drohung beschleunigter Asylverfahren, die bis Ende Februar abgeschlossen sein sollen.

Wir haben keine andere Möglichkeit als einen gemeinsamen und unbegrenzten Hungerstreik.

Dies heißt, daß wir Flüchtlinge für unsere natürlichen Menschenrechte nichts mehr einzusetzen haben, außer unsere Körper.

Deshalb sind wir, Einzelpersonen und Eltern, heute um 10 Uhr in den Hungerstreik getreten.

Mit Ausnahme der aufgrund der schwierigen Bedingungen und der Kälte während dieser fünf Monate Widerstand erkrankten Flüchtlinge.

Wir fordern hiermit:
— *das Recht, in Schleswig-Holstein zu bleiben*
— *Stoppt das unfaire Asylschnellverfahren*
— *Stoppt die Abschiebung*

Prozeßtermine

Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough

Die nächsten Termine im Prozeß gegen die beiden irischen Genossen vor dem OLG Düsseldorf in der Tannenstraße sind am 14.2., 20.2., 21.2., 28.2.; 6.3., 12.3., 13.3., 19.3., 20.3., 26.3., 27.3.; 2.4., 3.4., 6.4., 21.4., jeweils um 9.15 Uhr.

Kurdenprozeß

Der Kurdenprozeß in Düsseldorf am OLG in der Tannenstraße findet dienstags und mittwochs jeweils um 9.15 Uhr statt.

Kurdenprozeß in Celle
Der sog. zweite PKK-Prozeß gegen vier Kurdinnen und Kurden (zwei von ihnen sind seit September bzw. April 1990 unter Isolationshaftbedingungen im Knast) vor dem OLG Celle findet dienstags um 9.45 Uhr und mittwochs um 8.30 Uhr in der Kanzleistr. 4 statt.

Prozeß gegen Ralf und Knud
Am 27.1. begann der Prozeß gegen Ralf Gauger und Knud Andresen vor dem Landgericht in Itzehoe. Weitere Prozeßtermine sind am 17.2., 24.2.; 2.3., 9.3., jeweils um 9.30 Uhr.

Das Prozeßbüro zu den beiden ist montags, mittwochs und freitags von 15 Uhr bis 18.30 Uhr im Schwarzmarkt, Paulinenstr. 15, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 316542, geöffnet.

Das Prozeßinfo Nr. 2 „Fight Back“ zu Ralf und Knud ist jetzt erschienen. Außerdem gibt es die „spreng-sätze“ über ihren Prozeß. Beide können über die Soligruppe Ralf & Knud, c/o Schwarzmarkt, Paulinenstr. 15, 2000 Hamburg 36, bezogen werden.

Termine

Solidaritätsaktionen zu Ralf und Knud
Hamburg. 17.2., 7.30 Uhr, Sternschanze, Treffpunkt für gemeinsamen Prozeßbesuch in Itzehoe.
Husum. 18.2.
Minden. 6.3., Schwarzer Weg 8, Solidaritätskonzert, Film, Informationen, Freie Kunst und Kultur.

Köln. 22.2., 21 Uhr, Mauritiuswall 16-18, Konzert mit „the Not The Shoes“ (Road Beat aus Köln) und „Influenza“ (schnell und fetzig aus Paderborn), anschließend Disco. Der Erlös des Konzertes ist für Prozeßkosten von HausbesetzerInnen und Aktionen gegen den Golfkrieg.

Korrektur zur letzten Ausgabe: Das Hamburger Infobüro hat sich nicht *aufgelöst, nur diejenigen, die bisher darin gearbeitet haben, haben damit aufgehört. Das Infobüro hat zur Zeit seinen Schwerpunkt in der Prozeßarbeit zu Ralf und Knud. Nach wie vor können und sollen Informationen, Briefe usw. an das Büro geschickt werden.*

Anzeigen

Plakat „Mumia Abu-Jamal, Voice of the Voiceless“ DIN A2, zweifarbig, 10 Stück 25 DM, 100 Stück 120 DM (plus Porto. Die Erlöse aus diesem Solidaritätsplakat werden direkt auf das Sonderkonto Mumia Abu-Jamals überwiesen und dienen ausschließlich der Finanzierung des Wiederaufnahmeverfahrens. Gegen Vorauszahlung zu beziehen über Archiv '92, Eichenbergerstr. 9, 2800 Bremen.

Interview mit Ward Churchill und Bob Robideau vom American Indian Movement zu beziehen über: USA-AG, Infoladen, Werderstr. 8, 6200 Wiesbaden, Tel.: (0611) 440664. Es kostet 2.50 DM (Unkostenbeitrag und Spende für AIM) pro Exemplar plus Porto.

Die Rote Hilfe-Zeitung 1/92 erscheint am 26.1.92. Themen: Berichte zu Verfahren in: Itzehoe, Hannover, Essen, Dortmund, Göttingen, Brüssel, Amberg, Düsseldorf, Nürnberg, Kiel, Berlin. Asyl: Übersicht über die neueste Entwicklung der Asylgesetzgebung in Westeuropa. Politische Gefangene: Bernd Rössner muß raus!

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2 DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 3 DM in Briefmarken bei Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 2300 Kiel 14. Das Abonnement kostet 10 DM für 4 Ausgaben. Für Mitglieder ist der Bezug der Zeitung im Beitrag inbegriffen.

Staatsgewalt im Schanzen- und Karolinenviertel Aus dem Inhalt: Chronologie der Ereignisse 1987-92, die „E-Einheiten“ in Hamburg, Polizeistruktur im Viertel und in Hamburg, polizeiliche Geheimdienstmethoden, das neue Hamburger Polizeigesetz. Erstellt vom Hamburger Arbeitskreis gegen Staatsgewalt, 68 Seiten A4, Einzelpreis 6 DM, ab 5 Ex. 4.50 DM. Bestellungen an Rote Hilfe Literaturvertrieb, Postfach 6444, 2300 Kiel 14.

Totgesagte leben länger — Materialien zur Sicherheitsverwahrung mit einem Erfahrungsbericht des Gefangenen Claus Goldenbaum erscheint im Februar 1992 im Kamalatta-Verlag, Kiel. Inhalt: R. Schäfer-Eckmann: „Was ist und wie funktioniert Sicherheitsverwahrung?“, Klaus Rüther: „Strafen um jeden Preis“, Claus Goldenbaum: „Du kommst nicht mehr als Mensch zurück“ — ein Erfahrungsbericht, aus „Autonomie“: Sicherheitsverwahrung: Die Roßkur der Sozialhygiene. Ca. 140 Seiten A5, Preis ca. 12 DM, ab 5 Ex. 30%. Bestellungen an Rote Hilfe Literaturvertrieb, Postfach 6444, 2300 Kiel 14.

Prozeßinfo Nr. 4 zum § 129a-Verfahren gegen Holger Deilke, Gefangener aus dem antiimperialistischen Widerstand. Dieses Prozeßinfo ist jetzt noch erschienen, obwohl Holger bereits frei und sein Prozeß beendet ist. Für 4 DM zu beziehen über: Schwarzmarkt, Paulinenstr. 15, 2000 Hamburg 36.

bremer kassiber Nr. 17 Stadtzeitung für Alltag, Politik, Revolution, 3 DM, und: Schwerpunktausgabe „Das Viertel“, 2 DM, zu beziehen über: VzVuN, St. Pauli-Straße 10—12, 2800 Bremen. Ein Förderabo (sechs Ausgaben) kostet 25 DM.

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/M. 80. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Jeannette Hülbig. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278, Fax: (040) 2297419. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 211658. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 370 101 11, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 100 100 10, Kt.-Nr. 448630-102.